

Die Druck- und Verlagsanstalt: In der Bezeichnung steht diese Ausgabe A (1 mal täglich) 10 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 20 Pf.  
Bei Abholung bei dem Konsulat A 20 Pf.  
Ausgabe B 5 Pf. Markt. Durch andere ausländische Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) Amerikanische Deutsche monatlich 1 Mark nachst. Verlagsgesellschaft, die Zeitungs-Urgabe 5 K 65 d vereinbart, die kleinen Zahlen laut Zeitungsschild.

Diese Nummer kostet auf  
allen Verkaufsstellen und bei  
den Zeitungen-Büros 10 Pf.

Redaktion und Verlag:  
Dokumente &  
Zeitung Nr. 102, Nr. 228, Nr. 1172.  
Berliner Schriftsteller-Correspondenz:  
Berlin NW 1, Straße 26, Siedlung  
Straße 1.  
Telefon 1. Nr. 2076.

# Leipziger Tageblatt

und  
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 82.

Sonnabend 23. März 1907.

## Das Wichtigste vom Tage.

\* In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin fand gestern in Berlin die Trauerfeier für General von Werder statt. (S. Dtsch. R.)

\* Die Braunschweiger Regierung bestreitet amtlich, daß über eine entscheidende Stellungnahme für den Vorfall gäbe zur Wahl des Regenten erfolgt sei. (S. Dtsch. R.)

\* Denkendorf bewirkt die Nachricht, daß sei seine Stelle als Kolonialdirektor nur als Durchgangsposition für ein anderes Reichsamt gedacht. (S. Dtsch. R.)

\* Ein französischer General hat in Nancy den Revolutions-Krieg gegen Deutschland gefordert. (S. Ausl.)

\* Die österreichische Regierung konzentrierte Gebarmutter-Kleidungen an der rumänischen Grenze, um ein Überstauen des Bauern-Bewegung zu verhindern. (S. Ausl.)

\* In Bulgarien herrscht Entzündung gegen die französische Regierung, welche mit der Erlaubnis der bulgarischen Anteile einen Angriff auf eine französische Festung bei Grenzort verhindern will. (S. Ausl.)

\* Während einer Wohltätigkeitsvorstellung im Saal des Hotels St. Petersburg in Odessa brach plötzlich Feuer aus. Neun Kinder verbrannten, zehn wurden schwer verletzt. (S. Russ. u. a. W.)

\* In Sibersien gewann gestern im Gran National-Spiel-Haus (80 000 M.) Mr. Charles Edwards brauner Wallach "Tresor" den ersten Preis. (S. Sport.)

## Die Rettung des Blocks.

In der kurzen Tagung des Reichstags, die der Öffentlichkeit vorhergegangen ist, hat sich mancherlei zugespielt, was aus politischen Gründen hier Schlußfolgerungen machen. Doch ist dabei merkwürdigweise ein Vorfall nicht recht gewürdigt worden, der schon an sich das Staaten aller Rumben erregt hätte, nämlich die einstimmige Abstimmung der Kommissionserlösung zum Staatsvertrag, die den Reichsstaaten 150 A. als einmalige Beihilfe zugesprochen wird. Einstimmige Beschlüsse sind in deutscher Rechtspraxis nicht eben häufig, und betreffen fast immer Formalien oder auch wohl Abkommen mit fremden Staaten wegen irgendwelcher Verfahrsrechtsfragen. Um eine solche Materie handelt es sich in diesem Falle aber nicht. Vielmehr handelt es sich politische Union zur Debatte, und zugleich eine Mühelose Durchführung eines 40 Millionen erfordernden und neuen Steuervorprojektes zur sicheren Folge haben wird. Und trotzdem dieses einstimmige Votum. Die Angelegenheit ist überaus kompliziert, und man muß den verschärfartigsten Zeugnissen nachstreben, um zu einem Verständnis der Parität zu gelangen.

Parität darf man wohl sagen, daß diese Zeugnisse sich die Tatsache gegen die von der Reichsleitung befürwortete Auffassung der wirtschaftlichen Lage im Deutschen Reich. Bis in die allerletzte Stunde ist uns immer von neuem ergötzt worden vom Segen der neuen Handelsvereinbarungen, nunmehr, tenebris Schwein. Und mit offenbarem Wohlgefallen an den Erfahrungen ist der agrarische Block als Heilweg gerieten werden. Das fällt uns nicht ein, daß andere Kritiken, den Freihandel, zu rütteln. Es ist praktisch für eine Nation unmöglich, wenn alle anderen sich mit hohen Zollschranken umgeben. Nur meinen wir, daß bereits bis an die äußerste Grenze des Agrarreichs gegangen ist, daß in Eingehungen, wie in der Beschreibung der Sicherheits-, die Grenze bereits überschritten ist, und daß sehr große Teile des deutschen Volkes, die Industriearbeiter, die Angestellten und andere Exportindustrien, schwer darunter zu leiden haben. Das ist bisher immer offiziell und offiziös bestreitet worden. Jetzt aber wird es mit dieser Haftabstimmung der 40 Millionen bestätigt. Noch heißt es, nicht die Agrarpolitik, nicht das neuere Schwein sei schuldig an dem Rückschlag, sondern die gefeierte Lebendigkeit, die allgemeine Erholung und Verbesserung der Lebensbedürfnisse. Wer aber hier nicht den unzähligen Zusammenhang zwischen unserer Wirtschaftspolitik und der Lage des abhängigen Agrarreichs sieht, der bestreitet seine eigenen Behauptungen.

Denn es darf doch nicht übersehen werden, daß es gerade Ziel und Zweck der ganzen Agrarpolitik ist, die Teverung herbeizuführen. Man will hohe Gewerbe- und hohe Viehhaltung. Man will sie und hat sie erreicht. Und nun, da sie da sind, auch man den Haftabstimmungen 40 Millionen zusätzlichen, damit sie die Teverung übersteigen können. Es ist aber nicht jeder Agrarreiter, der diese Millionen wünscht, um allen diesen Argumenten über ihre Rolle hinzuwiderreden? Das ginge in die Willkür. Hier hat man die Rechte des Agrarreichs. Und dabei leben wir in einer Zeit außerordentlicher industrieller Entwicklung. Wenn wir einen Rückgang hereinsetzen, so wird erst die rechte Parität eintreten. Dann wird wohl auch den außerordentlichen Abrechnern das Nachs und Wieder vergönnt.

Wie ist nun diese Resolution zu ihrer einstimmigen Annahme gekommen? Die Regierung hatte in das Staatsvertrag sehr viel geprägte Einsätze, 10 und 20 A. eingetragen.

Die Ungläublichkeit solcher Weihen wurde allzeit auch von der Regierung nachdrücklich anerkannt, und man versuchte, zu höheren Beträgen zu gelangen. Da boten sich zwei Wege. Der eine war die Erhöhung der Höhe im Feste. Aber dann war die Regierung nicht einverstanden. Von ihrem Standpunkt aus nicht ohne Grund. Es ist tatsächlich noch heute eine Streitfrage, ob das Parlament das Recht hat, Staatsanleihe selbstständig zu erhöhen, während ihm Abschriften unbestritten freistehen. Wir sind durchsetzt der Ansicht, daß der Reichstag als gleichberechtigter Haftr der Gelehrten und das Reich zu Erhöhungen hat, verlassen aber gleichwohl nicht, daß die Frage eben noch strittig ist und daß mit dieser Überzeugung praktisch nichts angefangen war. Denn mit einem Kompetenzstreit war den Beamten nicht gesiegt, nochhen die Regierung selbst hatte, für sie eine Erhöhung der Quittsätze unannehmbar. Es ist ferner zu bedenken, daß die Erhöhung der Quittsätze tatsächlich den ganzen Staat amgeworfen hätte, und daß es schon bestellt worden war, die 40 Millionen als Sonderbeitrag zu beladen. So kam es zu der Resolution der Kommission. Nur das Zentrum lehnte sie nicht an. Es wollte die Einführung der höheren Ziffern in den Fests durchgesetzt und bei der prinzipiellen Stellung der bürgerlichen Linke und der Sozialdemokratie zu der außergewöhnlichen Verhandlungsfroge konnte es zweifelhaft sein, ob es ihm nicht gelingen würde, seinen Willen durchzulegen. Dann war der Konflikt da, den Beamten aber war nicht geholfen. Gleichzeitig wäre über auch der Block gesprengt gewesen. Und das wäre allerdings ein Ereignis von schwer unabsehbarem Bedeutung geworden. Und es kommt hinz, daß dann die Regierung und der Rest der Bündnispartner mit dem Block befreit geworden wären, den Beamten die dringend nötige Hilfe versagt zu haben. Das hätte in einem Wohlkampf verhängnisvoll werden können. In dieser Lage traf nun die Regierung des Fürsten Silow eine wahrhaft weise Entscheidung. Sie rettete sich und den Block aus der Situation, indem sie erklärte, auf den Boden der Kommissionserlösung treten zu wollen. Damit legte sie alle verfassungsgeschichtlichen Präsidenten ins Unrecht. Es war eindeutiges Übersehen, daß sie ihre Opposition auf eine Weise trat die Resolution war gesichert. Und nun waren Zentrum und Sozialdemokratie zu der üblichen Feste gewesen, gegen die von ihnen selbst als notwendig erkannte Befreiung zu stimmen. Das riskierten sie aber aus wahlstilistischen Gründen nicht denn der Beamten ist es naturnäher ganz gleichgültig, ob die Zulagegestalt in Rotstift, im roten Fests, in einem besonderen Gelehr oder sonstwo stehen. Sie hätten sich einfach die Feste genommen, die gegen die Bewilligung gestimmt hätten. Das war der durchdringendste Grund, der das Zentrum seinen Sonderantrag in letzter Minute zurückgeworfen und mit den Polen und Sozialdemokraten für die von der Regierung gebilligte Resolution stimmen ließ. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

## Berufs- und Betriebszählung 1907.

Um Bekanntlich soll im Juni d. J. im Reiche eine allgemeine Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Dem Weihen ist eine sie betreffende Vorlage vorgegangen und er hat sich bis auf einige Ausschreibungen an den Fragebogen mit dieser Idee verhindern erfüllt. Eine solche Zählung macht notwendig viele Vorbereitungen nötig und die Bearbeitung des Zählmaterialia dauert meistens Jahre lang.

Es dürfte den Beträtern interessieren, etwas Generelles über diese Zählung zu erfahren: Für den Umlauf des Reiches wird eine Berufs- und Betriebszählung nach Fragebogen vorgenommen, die jeder selbst ausfüllen hat wie bei Volkszählung und den alljährlichen Verkehrsabnahmen. In Verbindung damit wird eine Zählung veranlaßt betreffs der Personen, die Invalidenbezüge, Alters- und Invalidenrenten beziehen, und eine Zählung der Männer und Frauen. Die katholischen Aufnahmen werden mit den Landesregierungen bewältigt. Die Weiterung der Erhebungsbefehle und die Bearbeitung des Urmaterialia erfolgt von Reichs wegen. Die in den Fragebogen vorgelegten Fragen dürfen sich nur auf den Personen- und Familienstand, das Religionsbekennnis, die Berufsverhältnisse bei Waren unter 18 Jahren und bei Männern auch auf diejenigen des verantwortlichen Vaters usw. beziehen —, auf soziale regelmäßige Erwerbsleistung, sowie auf die rechtsgerichtige Invaliden- und Unfallversicherung beziehen. Dieses Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist unbillig. Wer die Fragen falsch beantwortet oder gar nicht beantwortet, kann die Gehaltskarte bis zu 30 A. bestrafen werden.

Was wird nun diese Zählung veranlaßt, die große Unzufriedenheit verursacht? Der Grundidee nach, welche die deutsche Volkswirtschaft im letzten Jahrzehnt genommen hat, rechtfertigt die Annahme, daß seit der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1895 in der Erwerbstätigkeit der Reichsbürgerschaft wesentliche Veränderungen festgestanden haben. Im Interesse der Bevölkerung und Vermögens nach beobachtet auf eine Wiederholung der Zählung Bedacht genommen werden. Mit aller auf diesem Gebiete zu lösenden Aufgabe ist die genaue Kenntnis der Veränderungen in den Erwerbs- und Berufsverhältnissen der Bevölkerung so notwendig, daß die Bekämpfung neuer zerstörender Bedrohungswelle über die Gehaltung unterer Erwerbsberufe eines Aufschwung nicht erträgt. Es kommt momentan auch in Betracht, daß für die zum 31. Dezember 1910 zu bemerkende Verhältnis der Zählung der Invalidenversicherung berufshäufige Erwerbungen vorherlich sind, aus denen die bisher nur hochangestellten ermittelte Zahl der invalidenversicherungspflichtigen Personen durch Zählung herausgelöst werden kann, und daß auch für die Regelung der Männer- und Weiblichen finanzielle Untersagen vorhanden sein müssen.

Die Kosten der Zählung belasten sich auf 4½ Millionen Mark. Für die Vorarbeiten sind 21 Millionen benötigt. Die Erhebungskosten (Verarbeitung der Zählungspapiere, Verarbeitung und Rücksendung) stellen sich auf 288 422 A. die Bearbeitung des Urmaterialia auf 3 548 127 A. die Zusammenfassung und Veröffentlichung der Ergebnisse für das Reich auf 308 418 A. die Werte für Bureaubüro auf 28 028 A. die allgemeinen Kosten auf 50 500 A. darunter sind 17 000 A. für Reisekosten und Tagessalder angelegt. Insgesamt verläuft die Zählung in vier (Erhebungskosten und Bearbeitung) pro Tag 5 200 A. Unzufrieden, wobei die Seelenzahl auf 61 900 000 A. angeholt ist. Die Zählung soll am 12. Juni dieses Jahres stattfinden.

## Aus dem dunkelsten Italien.

(Von unserem italienischen Korrespondenten.)

Im Reippe war förmlich das Steuern sehr groß, als die Polizei gelegentlich einer auf Geheiß des autonomen Tribunals der "Unione societatis la camorra di Napoli" vollzogenen Abschaffung einer ansehnlichen Zahl mehr und weniger angehöriger Mitglieder dieser erbarten Gesellschaft zu verhelfen und gewissermaßen das Hauptquartier der Camorra unter die Gefangenmäuer zu verlegen sich untersteht. Die Regierung wußte sich entschieden gerettet zu haben. Daß doch selbst der Bürgermeister von Neapel, Marchese di Campofiorato — natürlich erst nach Abschaffung seiner eigenen Amtszeit — öffentlich und ausdrücklich zugestellt, daß „heute und morgige Camorra nur infolge der Zulang des Polizei“ zu existieren, die nicht jenseit für ihre Zwecke die Hilfe der Camorra in Anspruch nimmt und diezobzwar natürlich die Dienste vergeblich muß“. „Wäre dem nicht so“, bat dieser Herr, der es doch wissen will, erklärt, und nähme die Regierung die Camorra nicht bei ihrem Haben und Verbrauchen direkt auf, so gäbe es schon längst keine Camorra mehr. Die findet sich nur an Orten, in denen der Bürger kein Recht auf direkten Wege nicht erlangen kann. Hier wird das Recht durch den politischen Stimmzettel oder durch Teilnahme an der Camorra erlangt. Und was in Neapel der Staat ist, ist für das übrige Italien verhältnis. Ein sehr erstaunliches Beispiel hat hierfür vor einigen Tagen der Deputierte Hera in der Deputationskammer entwickelt. Er hat dem Repräsentantenkongress von Catanzaro vorgelegt, daß bei dem Staat aus verderben, er sei bei der Wahl des Deputierten, der einen Staat aus verderben, und diezobzwar nicht mehr geschiehen. Es blieben zwei Stunden Zeit übrig bis zum Abgang des Kölner Schnellzugs; man beschloß sie zu einer Rundreise auf den Großen Boulevards, wo auf den Groß-Läden des schönen Weiters wegen viele Menschen lagen. 11 Uhr 30 Minuten bestieg der Monarch seinen Salzwagen, nachdem er sich berghaft von dem Vorsteher und den anwesenden Persönlichkeit verabschiedet hatte.

\* König Friedrich August in Paris. Über den französischen Hofstaat des Königs in Paris schreibt uns unser Pariser Korrespondent unter dem 21. März: Ein deutscher König auf dem Boulevard, das hat man seit bald sechs Jahren nicht mehr gesehen. König Friedrich August von Sachsen kam gestern abend mit dem Silverwagen von Madrid am Bahnhof Quai d'Orsay an. Der Polizeipräfekt hatte für alle Fälle einen größeren Ordnungsdienst organisiert lassen, um die Auswirkungen der Spezialkommission Oliva und der Polizeioffiziere kontrollieren. Der Ordnungsdienst war ganz überflüssig gewesen. Wenn jedoch in allen Zeitungen die Ankunft bekannt gegeben worden war, hatte es keine Reaktionen angelockt. Selbst wenn König Friedrich August nicht einzog, sondern als läufige Majestät einzog, wäre er keine Auswirkungen gegeben; die Leute sind vorbei. Auf dem Bahnhof waren Polizei und Sicherheitspolizei erschienen; der König, in weitreichend dunkelgrauem Reisemantel, begrüßte sie sehr freundlich und verließ mit dem Vorsteher in Fuß den Quai d'Orsay. Es blieben zwei Stunden Zeit übrig bis zum Abgang des Kölner Schnellzugs; man beschloß sie zu einer Rundreise auf den Großen Boulevards, wo auf den Groß-Läden des schönen Weiters wegen viele Menschen lagen. 11 Uhr 30 Minuten bestieg der Monarch seinen Salzwagen, nachdem er sich berghaft von dem Vorsteher und den anwesenden Persönlichkeit verabschiedet hatte.

\* Ein Kaiserlicher Geschenk. Der Kaiser hat dem bayerischen Infanterieregiment Kaiser Wilhelm, König von Preußen, das in Amberg garnisoniert und dessen Chef der Kaiser ist, ein Gemälde als Geschenk überreicht und mit der Ausführung des Bildes den Professor Köhling betraut. Es zeigt das Regiment in der Schlacht bei Sedan.

\* Ein braunschweiger Regentenfrage. Die Braunschweiger Landeszeitung hatte, wie vor wenigen Tagen die Nachricht gebracht, der Regierungshälfte werde den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg dem Reichstag vor Regentenwahl vorzuschlagen. Dem gegenüber sind die amüsanten "Braunschweiger Lügen" vom herzoglichen Staatsministerium erwidert, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es a. heißt: Es hat bis jetzt weder im Regierungshälfte, noch in der Landesversammlung, noch im herzoglichen Staatsministerium, noch in der letzten geheimen gemeinschaftlichen Sitzung des Regierungshälfte und der staatsrechtlichen Kommission des Landtages irgend eine entscheidende Stellungnahme bezüglich des Vorschlags und der Wahl eines Regenten stattgefunden. Auf welche Persönlichkeit sich Vorschlag und Wahl richten werden, ist noch völlig ungewiß. Die Erklärung weist ferner darauf hin, daß die ernsthafte Meinung in einer Haftung verbreitet ist, die dem Inhalt der verdeckten Verhandlung zwischen der Regierung und der staatsrechtlichen Kommission durchaus nicht entspricht.

\* Die Trauerfeier für General Werder. Gestern nachmittag 2 Uhr fand in der Kirche am Invalidenhaus zu Berlin eine Trauerfeier für General von Werder statt. Unter den Kränzen am Altar befanden sich solche vom Kaiser und der Kaiserin von Russland. Vom Gouverneur des Invalidenhauses, Hammerstein-Lippay empfangen, betraten der Kaiser und die Kaiserin das Gotteshaus und nahmen neben dem Sarge Platz, während der Kaiser einen Kreuz niedergelegt hatte. Unter anderem hatten sich auch eingefundene Prinz Friedrich Leopold, Prinz Albrecht von Holstein-Gottorp und die Prinzessin der russischen Hochzeit gesammelt. Und für diese unbefriedige Politik sprach die Mündigkeit von Werder. Und für die Regierung bestätigte die Mündigkeit von Werder, und der neue Herr Staatsminister Orlow, der ja ein Südbündler stammt, wird sich natürlich „in einzelnen“ noch etwas überlegen müssen, was dieser Unterlassungskommission entgegenzustellen. Und da können die Herren sehr wohl zu ganz überwältigender Erregung gelangen. So eine Kommission kann nämlich zu leicht die politische Camorra verfolgen. Hat doch erst Kochen und rechtmäßig der Bräutigam von Catanzaro von der Regierung seines Vaters entbunden werden müssen, weil er eine ungünstige Unterredung über den Verbleib bei für die bis dahin große Geschäftsräume aufgestellten staatlichen und privaten Geschäften — zu zärtlich gestaltet hatte. Über den Bürgermeister von Reggio in Kalabrien, der etmal reichste Gemeinde seiner Art hat bei Berichten wollen und die lokalen Freunde des Deputierten dabei vor dem Kopf gewiesen hat, so daß ihn eben die Regierung bei Berichten müßig gemacht. Denn sonst ist unter den preußischen Behörden und Personen gar nicht zu raten, daß die Durchsuchung eines ministeriell gekennzeichneten und vor allem abstimmbaren Deputierten Freunde des Monopol der Steuerabfertigung und Erteilung der Post- und Telegraphenabfertigung hat. Leider kann eine förmliche und ausführliche Erklärung der Regierung nicht gemacht werden, weil sie eben nicht mit dem Vorsitzenden des Deputiertenkongresses zusammenhängt.

\* Eine Schilderung Bernburgs. Die von uns schon in einem Teil der legenden Ausgabe unter den Deputierten kurz erwähnte Erklärung Bernburgs über seine Stellung zum Kolonialrat liegt jetzt im Vorlaufe vor. Am 18. März brachte der Deputierte "General-Anzeiger" einen Artikel unter der Überschrift: "Verhältnisse in den höchsten Reichsämtern", in dem auf den Kolonialdirektor Bernburg zur Beziehung des in naher Zeit frei werdenden Reichsämbtes beigebracht wird. Er aber für das Kolonialamt als unentbehrlich bezeichnet wurde. Heute veröffentlicht das Blatt folgende, zu seinem Chefredakteur gerichtete Erklärung:

In dem Artikel "Personenwechsel in den höchsten Reichsämtern" werden Sie die Frage auf, ob es wohl in meinen Wünschen und Absichten liegen möchtet, meine geplante Stelle mit einer anderen im Reichsdienst zu vertauschen. Da diese Frage wiederholentlich, ohne daß dazu eine höhere Verhandlung vorliegt, Gegenstand der Verhandlung in der Presse geworden ist, so möchte ich nicht annehmen zu erklären, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach seiner Richtung als eine Durchgangsstellung betrachte kann. Ich erachte diese Aussage nicht für meine gesetzliche und maßgebliche. Selbstverständlich überwerthlich und werden all diese schönen Dinge nicht bei einem weiteren Namen genannt: im schönen Napoli lämpfen jetzt die Demokraten mit den Gemäßigt-Uberzeugungen um die Herrschaft der Stadt, wie anderweitig die Radikalen und die Liberalen sind. Wenn irgendwo einmal ist, daß ich die Aussage der Förder